

Rede
von Herrn Oberbürgermeister Klaus Wehling
anlässlich
der Veranstaltung
„Konstituierende Ratssitzung“
Montag, den 02. November 2009, 15:00 Uhr
Rathaus Ratssaal
Schwartzstraße 72, 46042 Oberhausen

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Oberhausenerinnen und Oberhausener,**

**Wir stehen einerseits am Anfang einer neuen Legislaturperiode.
Zugleich bleiben wir andererseits in der Kontinuität der Verpflichtung als
Ratsmitglieder gegenüber den Oberhausenerinnen und Oberhausenern.**

Diese Verpflichtung bleibt immer gleich fordernd und gleich bedeutsam.

**Die Oberhausenerinnen und Oberhausener haben mir bei der Kommunalwahl
am 30. August ihr Vertrauen geschenkt
– fast jede zweite Stimme hat mich im Amt des Oberbürgermeisters bestätigt.**

**Diese breite Zustimmung empfinde ich als Auftrag und Verpflichtung für die
jetzt beginnende Amtszeit.**

Diese Verantwortung für die Menschen in unserer Stadt will ich, wollen aber auch alle gewählten Mitglieder des neuen Rates optimal wahrnehmen und erfüllen.

Vor fünf Jahren bin ich angetreten mit den Zukunftsschwerpunkten Wirtschaft und Arbeit sowie soziale Stadt.

Auf diesem Weg sind wir ein sichtbares Stück vorangekommen.

Vor drei Jahren habe ich die Wirtschaftsförderung neu aufgestellt.

WFO und ENO arbeiten seit dem sehr eng und erfolgreich zusammen.

WFO und TMO sind durch einen gemeinsamen Geschäftsführer in der täglichen Arbeit eng zusammengedrückt.

Dies schafft fruchtbare Synergien für den Standort Oberhausen.

Ähnlich erfolgreich war auch das Thema soziale Stadt.

Unser Oberhausen ist in den letzten fünf Jahren deutlich familienfreundlicher geworden.

Mit dem „Bündnis für Familie“ haben wir neue Schwerpunkte gesetzt und wichtige Projekte auf den Weg gebracht.

Aus dem großen Katalog nenne ich beispielhaft:

- **Kinder im Mittelpunkt,**
- **Ausbau der Betreuung der Kinder unter drei Jahren,**
- **und flächendeckender Ganztagsbetrieb an allen Grundschulen als erste Stadt in Nordrhein Westfalen.**

Wirtschaftsförderung, ein gutes Wirtschaftsklima und Familienfreundlichkeit bleiben Schwerpunkte für die nächsten Jahre.

Das gilt auch für mein kommunalpolitisches ABC – Arbeit . Bildung . Chancen. Das verstehe ich als Handlungsanweisung für eine konsequente Fortführung unserer Arbeit.

Mein Ziel einer ganzheitlichen und schlagkräftigen Wirtschafts- und Tourismusförderung, werde ich mit dem Haus der Wirtschaftsförderung realisieren.

Unter einem Dach sollen dann WFO und TMO ihre Arbeit für den Standort Oberhausen bündeln.

Auch im Bereich der Bildung will ich die Aufgaben zusammenführen und Kräfte zusammenfassen – denn Bildung ist mehr als Schule.

Schule steht im Mittelpunkt eines breiten Bildungsnetzwerkes.

Dem Bildungsbüro als Koordinator und Impulsgeber kommt hierbei eine besondere Rolle zu.

An den Übergängen zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen, und an der Nahtstelle Schule - Beruf soll uns in Zukunft niemand mehr verloren gehen.

Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit müssen mit der Geburt beginnen. Sie dürfen nicht abhängig sein von Kultur und Herkunft.

Ich werde mich massiv dafür einsetzen, dass alle Oberhausener Kinder von klein auf bestens gefördert werden.

**Es kann und darf nicht sein,
dass die leider zu beklagende Armut
viel zu vieler Kinder bewusst in Kauf genommen wird.**

Wir wollen die Chancen für alle Kinder und Familien in Oberhausen mittel- und langfristig verbessern.

**Nicht nur die Realisierung der Chancengleichheit,
sondern damit untrennbar verbunden auch das Recht auf gute Arbeit und
beste Bildung
dürfen nicht länger durch eine völlig unzureichende Finanzausstattung der
Kommunen durch das Land behindert,
ja verhindert werden.**

**Hier geht es um die Solidarität aller Kommunal- und Landespolitiker in NRW.
Parteipolitik darf dabei keine Rolle spielen.**

**Wir waren auch in Oberhausen bis zur Finanzkrise auf einem
vergleichsweise guten Weg
bei der Gewerbesteuer, bei den Arbeitsplätzen.**

Das ist im Moment erst einmal vorbei.

Verschärfend hinzu kommt die – bereits lange vor der Wirtschaftskrise bestehende Verschuldungskrise.

Wir in Oberhausen waren die erste Ruhrgebietsstadt, die sich massiv um Haushaltskonsolidierung bemüht hat bemühen musste – schon seit 1986.

Wir waren die erste Ruhrgebietsstadt, die das Kainsmal des negativen Eigenkapitals trug – was die konsequente Nichtförderung der Stadt zur Folge hatte.

Binnen kürzester Zeit aber werden viele weitere Städte in die gleiche finanzielle Schieflage geraten. Mit großem Interesse werden wir verfolgen, wie die Landesregierung mit diesen Städten umgeht.

Denn trotz aller Anstrengungen kommen weder wir, noch die meisten anderen Kommunen aus eigener Kraft aus dieser Schuldenfalle jemals wieder heraus.

In diesem Punkt macht mir die neue schwarz– gelbe Koalition in Berlin deutlich mehr Sorgen als Hoffnungen.

Schon jetzt formiert sich auch in CDU geführten Ländern und Kommunen massiver Widerstand gegen die von der Koalition beschlossenen Steuerentlastungen.

Und viel, viel schlimmer – so befürchte ich – werden die Beschlüsse für die Kommunen und damit für die Menschen vor Ort sein, die von der Berliner Koalition noch nicht verabschiedet worden sind.

Kommunen und Länder können die versprochenen Steuerentlastungen sicher nicht finanzieren, nicht einmal mitfinanzieren.

Mit den gleichen schwarz–gelben Farben haben wir in den letzten Jahren auch mit der Landesregierung in Düsseldorf so unsere ganz eigenen Erfahrungen machen müssen.

Das waren keine guten Erkenntnisse - leider.

Wenn Landesfinanzminister Helmut Linssen in den Sommerferien verspricht, für die finanziell gebeutelten Städte einen Rettungsschirm aufzuspannen, dann klingt das gut und gerecht.

Wenn der gleiche Minister einzig unser Oberhausen ausdrücklich nicht mit unter diesen Hilfs - Schirm nimmt, dann ist das unberechtigt, ungerecht, unverantwortlich.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir in Oberhausen wollen und dürfen nicht schlechter behandelt werden als andere Kommunen wie z. B. Düsseldorf, Köln oder Münster.**

Wir dürfen nicht mehr ausbilden.

Wir dürfen nicht mehr einstellen.

Wir dürfen keine Eigenanteile für notwendige Projekte über Kredite finanzieren, andere schon.

Wir sind von Fördertöpfen, den nationalen und europäischen, abgeschnitten, andere nicht.

Wir werden uns mit allen Mitteln wehren und gegen Benachteiligungen unserer Bürgerinnen und Bürger - wo nötig - auch Klage gegen das Land erheben.

Bei den Herausforderungen der abgelaufenen Legislaturperiode haben wir uns in Politik und Verwaltung stets darum bemüht, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen.

Ich nenne die Bürgerversammlungen zum Haushaltskonsolidierungsprozess.

Ich nenne die Bürgerbeteiligung bei der Umgestaltung der Bäderlandschaft.

Ich nenne die zahlreichen Stadtteilkonferenzen zum Stadtentwicklungskonzept.

Ich nenne aber auch die Einbeziehung der Kinder bei der gewünschten Verbesserung ihrer Spielplätze.

Was sich jetzt leicht sagt, dass waren zum Teil schwierige Prozesse.

Diesen Weg der breiten Bürgerbeteiligung will ich auch in der vor uns liegenden Legislaturperiode konsequent weitergehen.

**Denn: Was die Bürgerinnen und Bürger erwarten,
das können Politik und Verwaltung nur von ihnen selbst erfahren.**

**Nur gemeinsam werden wir unser Oberhausen weiterentwickeln können.
Dabei machen die Erfahrungen der abgelaufenen Wahlzeit Mut.**

Diese Gemeinsamkeit zeigt sich z. B. beim Theater Oberhausen.

**Peter Carp und sein Ensemble haben sich schon in ihrer ersten Theatersaison
in die Herzen des Publikums
und in die Feuilletonseiten aller deutschen Zeitungen gespielt.**

**Das Theater Oberhausen ist trotz engem Finanzkostüm wieder eine der ersten
Adressen in Deutschland.**

**Was für die Kulturlandschaft gilt, will ich auch in der Sport- und
Bildungslandschaft in gleicher Weise fortsetzen.**

**Mit der Sportentwicklungsplanung werden wir in allen Bereichen den
Sportlerinnen und Sportlern ein breites und leistungsstarkes Angebot machen.
Im Freizeit-, im Breiten-, im Schul- und im Spitzensport.**

**Zu unseren Aufgaben und Herausforderungen für die kommenden Jahren
gehört der zukunftsweisende und zukunftsichernde Umbau von Stadt und
Verwaltung.**

Dazu zwingt uns auch der demografische Wandel.

Klar ist, wir werden jetzt schon und in Zukunft immer älter.

Klar ist darüber hinaus, wir werden wegen der niedrigen Geburtenraten im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte weniger werden.

Dazu kommt, wir werden bunter mit vielen Chancen und Herausforderungen an und durch Integration.

Darauf müssen wir uns heute einstellen.

Darauf müssen wir heute reagieren.

Wir müssen Ideen und Konzepte entwickeln, wie wir mit dieser gesellschaftlichen Dynamik umgehen.

Das ist eine große Aufgabe, der wir uns stellen und die wir gemeinsam erfolgreich lösen werden – davon bin ich überzeugt.

Beim Umgang mit dem demografischen Wandel reicht nicht der grobe Überblick über die Stadt.

Hier müssen wir in die Tiefe gehen.

Bis in die einzelnen Quartiere, um die Informationen zu erhalten, die wir für zukunftsgerichtetes städtisches Handeln brauchen.

Das gleiche Engagement legen wir auch bei der integrierten Stadtentwicklung an den Tag.

In den kommenden Jahren gilt es, Weichen dafür stellen, nicht nur für die vor uns liegende Wahlzeit. Wir müssen uns auch intensive Gedanken machen, wie Oberhausen 2020 oder 2030 aussehen soll.

Was für Oberhausen insgesamt gilt, gilt auch für die Rathäuser dieser Stadt.

In den kommenden Jahren müssen wir deshalb die Veränderung der Verwaltungsstruktur konsequent vorantreiben.

Dazu zwingt uns schon der noch sparsamere Umgang mit personellen und finanziellen Ressourcen.

Ich nenne ein Stichwort:

e-Government oder virtuelles Rathaus.

Die sich schnell wandelnden Informations- und Kommunikationstechnologien erfordern stetige Anpassungsprozesse.

Die neue Verwaltung im virtuellen Rathaus wird zukünftig ganz zeitgemäß über die Homepage betreten.

Diese virtuelle Verwaltung hat immer geöffnet.

24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche.

Fast zwei Drittel der Bevölkerung sind heute schon sog. Onliner.

Für Unternehmen, Verbände, Vereine und andere Behörden bedeutet dies, die ständige und bequeme Erreichbarkeit ihrer Verwaltung.

Eine solche Verwaltung ist bürger- und wirtschaftsfreundlich.

Eine solche Verwaltung ist service-, prozessorientiert und schnell.

Für unsere Verwaltung wird das bedeuten:

Beschäftigte werden von zeitraubenden und überflüssigen Routinen entlastet.

Die gewonnene Zeit wird für die Bereiche genutzt, in denen es nicht um Hard- oder Software, sondern um Aufgaben geht, in denen Urteils- und Einfühlungsvermögen die besten Ergebnisse versprechen.

Trotz der nötigen Umstellungen bleiben die Rathäuser aber auch für die Bürgerinnen und Bürger ohne Onlinemöglichkeiten selbstverständlich geöffnet.

Dabei ist die technische Um- und Aufrüstung nur ein Aspekt zur Verwaltungsmodernisierung. Ein anderer ist die Ausrichtung der Fachbereiche auf die komplexen Lebenswelten und Lebenslagen.

Ein starres Ressortdenken und –handeln wird den tatsächlichen Realitäten in unserer Stadt nur noch selten gerecht.

Wir brauchen eine integrierte Planung und ein ressortübergreifendes Handeln, um die wichtigen Themen wie zum Beispiel Familienförderung, Bildung, Integration und Umwelt sinnvoll und nachhaltig voranzubringen.

Diese Aufgaben müssen wir ausdauernd, konsequent und mit Augenmaß schnell angehen.

Dieser neue Rat wird ein Rat mit einer rot-grünen Mehrheit sein.

Unabhängig von aller Parteipolitik wünsche ich mir für unsere gemeinsame Arbeit eine sachliche Streitkultur.

Auseinandersetzungen, können in allen Bereichen hart und konsequent geführt werden. Das gehört dazu, bei unterschiedlichen Ansichten und Meinungen.

Aber persönliche oder menschliche Herabsetzungen sollten in diesem Rat keinen Platz haben. Denn: Wir verfolgen ein gemeinsames Ziel.

„Suchet der Stadt Bestes“ ist auf einer der neuen Glocken in der wieder aufgebauten Dresdener Frauenkirche eingegossen.

„Suchen wir gemeinsam unserer Stadt Bestes“ in der vor uns liegenden Legislaturperiode.

Glück auf!